

ZeitenSCHLEIFE statt ZeitenWENDE – und jetzt?

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir blicken zurück auf den Monat Mai, der zumindest mit dem Aufblühen der Natur als ein Symbol für Aufbruchstimmung gilt. Politisch und natürlich gewerkschaftspolitisch war es ein ereignisreicher Monat mit weitreichenden Entscheidungen.

Am 6. Mai wurde ein neuer Bundeskanzler gewählt. Im gesamten Bundesgebiet, zumindest innerhalb der DPolG, dürfte das Aufatmen hörbar gewesen sein. Denn damit endet gefühlt die längste Zeit einer geschäftsführenden Bundesregierung, die förmlich nach einer Regelung schreit, um ein ähnliches „Weiterwurschtern“, als hätte es keine Wahlen gegeben, zu verhindern.

Die vermutlich mit Abstand schleteste Bundesinnenministerin hat sich mit Pauken und Trompeten kurz vor dem Ende ihrer geschäftsführenden Amtszeit verabschiedet. Sie verkündete am 2. Mai die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass die AfD nun als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft gilt. Und wir alle konnten am 8. Mai hören, dass im Rechtsstreit um die Einstufung der Verfassungsschutz eine „Stillhaltezusage“ abgegeben habe. Was allerdings nichts an dem sonst linksliberalen Reflex änderte, sofort eine Prüfung in der Polizei zu fordern. Die DPolG-Bundesleitung hat erneut diese Form des „Bashings“ zurückgewiesen. Man darf gespannt auf die Gerichtsurteile sein.

Die gute Botschaft: An der Seite von Bundeskanzler Merz wird Thorsten Frei Chef des Kanzleramts. Dabei gilt Frei als polizeilich sozialisiert. Sein Vater war Polizeibeamter, sein Bruder ist Polizeibeamter und dessen Ehefrau ebenfalls. Ein Politiker, der sich nichts über die Polizei und deren Beschäftigte anlesen muss.

Der neue Bundesinnenminister heißt Alexander Dobrindt (CSU). Bereits in seinen ersten Amtshandlungen machte er deutlich, dass er beim Thema illegale Einreise und Schleuserkriminalität gegenüber seiner Vorgängerin sofort das „Gas-Pedal“ gefunden hat. Damit folgt er den Forderungen des stellvertretenden DPolG-Bundesvorsitzenden Heiko Teggatz. Erfreut haben wir auch sein erstes Statement vernommen. Polizisten seien in der Vergangenheit zu oft unter Generalverdacht gestellt worden, erklärte Dobrindt. Ideen wie Kontrollquittungen, Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und Beschwerdestellen lehne er ab. Und trifft auch damit auf unsere uneingeschränkte Zustimmung.

Wo Licht ist, da ist oft auch Schatten. So sollen nach dem Vorschlag von SPD-Arbeitsministerin Bärbel Bas Beamte in die Rentenversicherung einzahlen. Unser Bundesvorsitzender Rainer Wendt ist gemeinsam mit dem stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Volker Geyer diesem Vorschlag entschieden entgegengetreten. Kanzleramtschef Thorsten Frei (CDU) hat den Vorstoß gleich kassiert. Der Vorschlag sei nicht mit der Union abgestimmt.



© Windmüller

Ich für meinen Teil habe nach dem SPD-Vorschlag mal wieder festgestellt, dass es wohl richtig war, meinem Großvater als strengem Sozialdemokraten nicht zu folgen und dass auch der DGB nie meine Heimat werden könnte.

Abseits der Bundespolitik jährt sich in diesen Tagen der schreckliche Mord an unserem Mannheimer Kollegen Rouven Laur. Am 31. Mai 2024 fand die verabscheuungswürdige Tat statt und am 2. Juni 2024 verstarb der äußerst geschätzte Kollege.

„Einer von uns“ – dessen wir in diesen Tagen gedenken. Es wird Zeit, dass die Politik endlich auf den enormen Gewaltanstieg gegen Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen reagiert. Echte Trauer, Anteilnahme und Fürsorge enden nicht nach den Gedenkveranstaltungen, sondern sie beginnen in den Parlamenten.

Bleiben Sie gesund und bleiben Sie uns gewogen.

Ihr Ralf Kusterer